Oktober 2014

medien newsletter

DGB

Öffentlich-rechtliches Jugendangebot – jetzt ist Kreativität gefragt

Mit der Entscheidung, ARD und ZDF mit einem öffentlich-rechtlichen Online-Jugendangebot zu beauftragen, haben die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten endlich der monatelangen Hängepartie ein Ende bereitet. Leider sind sie dabei dem crossmedialen Ansatz der Sender nicht gefolgt. Die wollten das Angebot für die jungen Nutzerinnen und Nutzer sowohl im Hörfunk, im Fernsehen und im Internet anbieten. Schade, dass dieses umfassende Projekt nun an der Politik scheitert. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte sich im Vorfeld der Entscheidung klar dafür ausgesprochen. Positiv ist aber, dass die Sieben-Tage-Regelung für dieses Angebot nicht gelten soll. Damit stehen die Chancen nicht schlecht, dass diese unsinnige Beschränkung der öffentlich-rechtlichen im Netz bald ganz aufgehoben werden könnte.

Nun stehen die Sender vor der Aufgabe, den Beschluss in ein spannendes Angebot im Internet umzusetzen. Auch wenn nicht alle damit zufrieden sein können: Jetzt gilt es, das Angebot kreativ und mutig zu realisieren. ARD und ZDF können dabei auf Ideen setzen, mit denen sie schon heute z.B. bei ZDFneo oder bei den jungen Radiowellen der ARD wie Einslive tolles Programm für junge Zuschauerinnen und Zuhörer bieten. Und wenn die vorhandenen Angebote aus TV und Radio mit dem neuen Onlineangebot klug vernetzt werden, gibt es die Chance für ein zukunftsträchtiges Programm im Internet.

Sabine Nehls

Themen:

Jugendkanal nur online 2

ver.di: Regierung spart Filme kaputt 3

Kürzung NRW-Filmförderung 4

Internetsteuer in Ungarn 5

ver.di begrüßt Daimler-Urteil 6

ver.di: Mitbestimmung und Transparenz in Gremien 7

WDR-Gremien: Mehr Transparenz 8

mdr-rundfunkrat will transparenter werden 8

SWR baut trimediales Medienzentrum 9

Verlage beugen sich Google 10

OBS: Brenner-Preise verliehen 11

Pro Quote Regie 13

LfM-Studien zum Journalismus in digitalen Zeiten 14

Medienlink 15

Veranstaltungen 15

Impressum 16

DGB medien newsletter

Länderchefs: Jugendangebot nur online

Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten haben Mitte Oktober entschieden, ARD und ZDF mit einem Jugendangebot im Onlinebereich zu beauftragen. Damit sollen die öffentlich-rechtlichen Sender attraktiver für junge Mediennutzer werden, hieß es in einer Mitteilung der Länderchefs. Finanziert werden soll das neue Angebot durch den Wegfall von zwei Digitalkanälen: EinsPlus (ARD) und ZDF Kultur. Im Vorfeld der Entscheidung hatten sich unter anderem auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für ein trimediales Jugendangebot ausgesprochen.

Die Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) der ARD begrüßte den Beschluss als ersten Schritt in die richtige Richtung. Mit der nun erfolgten Entscheidung der Länderchefs könne die langjährige Forderung der Gremien nach einer zielgerichteten Ansprache junger Menschen endlich in die Tat umgesetzt werden, so der Vorsitzende Uwe Grund. Das Gremium bedauerte allerdings, dass das ursprüngliche crossmediale Konzept nicht alle Läderchefs überzeugt habe.

Die öffentlich-rechtlichen Sender nahmen die Entscheidung unterschiedlich auf. Der ARD-Vorsitzende und NDR Intendant Lutz Marmor meinte: „Das ist eine gute Nachricht für unser junges Publikum." Zukunftsweisend sei dabei, dass die Beschränkungen im Internet wegfallen. Dass es kein eigenes Programm im Fernsehen geben wird, erschwere allerdings den Start. Der Intendant des federführenden SWR, Peter Boudgoust kritisierte, die Beauftragung entspreche nicht dem ursprünglichen Konzept eines crossmedialen Angebots. „ARD und ZDF hatten auf die konsequente Verschmelzung von Hörfunk, Online und Fernsehen gesetzt, ein innovativer, multimedialer, durchdachter Ansatz. Nun müssen wir uns auf eine Ausstrahlung im Internet beschränken." Das bringe Probleme mit sich, beispielsweise mit Blick auf Urheberrechte. Obwohl dieses Konzept von vielen gesellschaftlichen Gruppen unterstützt wurde, werde es nun schwerer, das Jugendangebot „zum Fliegen" zu bringen. ZDF-Intendant Thomas Bellut begrüßte die Entscheidung der Länder. Sie sei „für uns ein Ansporn, noch mehr Angebote für junge Zuschauer zu machen. Das Internetportal ist eine perfekte Ergänzung zu ZDFneo und ZDFinfo, die bereits mit Erfolg ein jüngeres Publikum erreichen. Dafür brauchen wir dann aber auch mehr Bewegungsspielraum im Netz als bisher." Wie viel Personal beim ZDF für ein reines Onlineangebot notwendig ist, müsse noch geprüft werden. Für ein Angebot mit klassischem TV-Kanal wären rund 30 Stellen notwendig gewesen. Den Personalbedarf werde das

ZDF bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) beantragen. Dabei geht es darum, dass der zurzeit stattfindende massive Stellenabbau entsprechend reduziert wird. Das ZDF muss aufgrund einer Auflage der KEF bis zum Jahr 2020 insgesamt rund 560 Vollzeitstellen einsparen.

ver.di: Regierung spart Kinofilme kaputt

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert den Bundestag auf, die geplante Kürzung der Mittel für deutsche Filmproduktionen abzuwenden, „die jeder kulturellen aber auch wirtschaftlichen Vernunft widerspricht und auch von Vertretern der Filmwirtschaft scharf kritisiert wird." Hintergrund ist, dass die Mittel des Bundes, die in den Deutschen Förderfonds für Film und Fernsehen (DFFF) fließen, nach Plänen der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Monika Grütters, und von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) im Vergleich zu den Vorjahren um 10 Millionen auf dann 50 Millionen Euro gekürzt werden sollen. Der Betrag soll darüber hinaus auch für die folgenden Jahre bei dieser Höhe eingefroren werden.

„Mit 10 Millionen Euro Förderung können mindestens drei bis fünf Kinofilme in internationaler Koproduktion entstehen", sagte Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender Ende Oktober in Berlin. Die Kürzung sei auch völlig unverständlich, weil jeder Euro aus dem Fördertopf binnen kurzer Zeit knapp verdoppelt in den Staatshaushalt zurückfließe. Denn beim Dreh und der Produktion eines Filmes an hiesigen Produktionsstandorten würden regelmäßig Umsätze im bis zu fünffachen Umfang anfallen. „Die daraus resultierenden Steuern sind schneller und sicherer wieder beim Staat als bei jeder anderen Subvention", so Werneke. Monika Grütters war ursprünglich mit dem Versprechen angetreten, den DFFF auf mindestens 70 Millionen Euro aufzustocken. Doch nun gebe sie ein fatales Signal für die Filmwirtschaft und Produktionsstätten in Babelsberg, München, Köln und Hamburg. Gerade Koproduktionen mit Hollywood-Firmen hingen von dieser Förderung ab, ohne die Filme wie zuletzt „Grand Budapest Hotel", „Monuments Men" oder zahllose Arthouse-Filme nicht entstanden wären. Für die Zukunft bedeute die Kürzung weniger Beschäftigung für die hierzulande rund 25.000 Filmschaffenden und weniger „großes Kino made in Germany". Werneke: „Der Bundestag ist aufgefordert, in den Beratungen über den Entwurf zum Bundeshaushalt, die in den kommenden zwei Wochen stattfinden, die Kürzung eines der effizientesten Investitionsförderprogramme der Filmwirtschaft zu stoppen. "

Unter dem Slogan „DasFreutFilm&Fiskus" läuft aktuell eine vom Bundesverband Schauspiel (BFFS) und der ver.di FilmUnion initiierte Aktion gegen die geplante Kürzung des DFFF. Die Filmschaffenden in der ver.di FilmUnion und die Mitglieder der Schauspielgewerkschaft BFFS wurden aufgefordert, Autogrammkarten, Selfies und Teamfotos an entscheidende Politiker des Haushaltsberatung mit dem Motto „1 € Filmförderung = 1,72 € Steuereinnahmen + Großes Kino. Tatsache! Die DFFF-Kürzung schadet der Haushaltskonsolidierung und der (Film-)Wirtschaft" zu schicken.
www.verdi.de

DGB medien newsletter

Produzentenallianz zu Kürzung der NRW-Filmförderung

Die Produzentenallianz ist besorgt über die geplanten Kürzungen der NRW Filmförderung. Nachdem der Westdeutsche Rundfunk seine Zuwendungen für die Film- und Medienstiftung dem Vernehmen nach um 3,1 Millionen Euro reduzieren wird, plant auch das Land Nordrhein-Westfalen die Kürzung der Mittel. Laut Haushaltsentwurf 2015 soll die Film- und Medienstiftung nur noch 9,6 Mio. Euro und damit 1 Mio. Euro weniger als bisher erhalten. Zwar soll die Kürzung wegen einmaliger Nachzahlungen aus Überschüssen der Rundfunkbeiträge bis April 2015 noch kompensiert werden, danach müsste die Film- und Medienstiftung NRW aber mit 4,1 Mio. Euro weniger als 2013 auskommen – trotz deutlich ausgeweiteter Aufgaben durch die Umwandlung einer reinen Filmförderung in eine Film- und Medienförderung. „Die Landesregierung folgt dem WDR – für den Filmstandort und die Produzenten in Nordrhein-Westfalen wäre ein gegenteiliges Signal wichtig gewesen", erklärt Tom Spieß, Mitglied des Produzentenallianz-Gesamtvorstands. „Erst streicht der WDR 20 Prozent seines Anteils an der Förderfinanzierung, und jetzt will offenbar auch das Land gezielt den Filmförderetat reduzieren. In der Summe werden der Film- und Medienstiftung ca. 15 % Fördervolumen für Film- und Fernsehprojekte fehlen." Dieses Minus von 4,1 Millionen Euro sei ein klares Zeichen der beiden großen Gesellschafter, das spürbare Auswirkungen bundesweit, aber vor allem in der nordrhein-westfälischen Film- und Fernsehindustrie nach sich ziehen werde. „Wir appellieren an Landesregierung und Parlament, die Entscheidung im Sinne des Standortes zu überdenken und zu korrigieren. Und wir appellieren an die Gremien des Westdeutschen Rundfunks, trotz aller Sparzwänge nicht das zu gefährden, was in den letzten 25 Jahren in NRW entstanden ist: gute Infrastruktur, starke Produzenten – beides Grundvoraussetzungen für ein attraktives Programm, das auch für den WDR höchste Priorität haben sollte.".

Die Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen ist nach eigenen Angaben die maßgebliche Interessenvertretung der deutschen Produzenten von Film-, Fernseh- und anderen audiovisuellen Werken. Sie vereint ca. 220 Produktionsunternehmen aus den Bereichen Animation, Dokumentation, Kinofilm, TV-Entertainment, TV-Fiktion und Werbung.
www.produzentenallianz.de

DGB medien newsletter

Ungarn: Orban vertagt geplante Internetsteuer

www.reporter-ohne-grenzen.de

Der ungarische Ministerpräsident Victor Orban hat die geplante Internetsteuer nach massiven Protesten vorerst vertagt. Er kündigte aber einen neuen Anlauf für das nächste Jahr an. Auch Reporter ohne Grenzen (ROG) hatte die Pläne der ungarischen Regierung kritisiert. Die Regierung will das Surfen im Internet besteuern. Pro Gigabyte Datenverkehr sollen künftig 150 Forint Abgaben berechnet werden, umgerechnet rund 49 Cent. „Die jüngsten Pläne der Regierung sind ein weiterer Beweis dafür, dass Viktor Orban die Werte der Europäischen Union egal sind", sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr in Berlin. Die Regierung müsse endlich aufhören, den Bürgern den Zugang zu unabhängigen Informationen zu erschweren. Es sei unerträglich, dass sie kritischen Medien immer mehr die Luft zum Atmen nimmt. Mehr als zehntausend Menschen haben in Budapest Ende Oktober gegen die geplante Internetsteuer protestiert. Nicht nur das Herunterladen, auch das Hochladen von Daten sollte künftig besteuert werden. Nur Stunden nachdem diePläne bekannt geworden waren, formierte sich eine Protestgruppe im Internet, die innerhalb kurzer Zeit rund 200 000 Unterstützerinnen und Unterstützer fand. Auch eine im Juni gegen den massiven Protest vieler Zeitungen und Rundfunksender neu eingeführte Steuer auf Werbeeinnahmen erschwert die Arbeit von Medienhäusern. Künftig müssen sie 40 Prozent Steuern auf ihre Werbeeinnahmen entrichten, eine Belastung, die nach Angaben von ROG vor allem kleinere Medien in den finanziellen Ruin treiben könnte. Die Situation wird noch dadurch erschwert, dass vor allem staatliche Einrichtungen und Betriebe Anzeigen schalten und unabhängige und kritische Publikationen von den Einnahmen bewusst ausklammern.

In den vergangenen Wochen ist die Regierung massiv gegen Vertreter der Zivilgesellschaft vorgegangen. Bei mehreren Nichtregierungsorganisationen wurden Razzien durchgeführt und Computer beschlagnahmt, berichtet ROG. Die ungarische Regierung kritisiert zudem die Finanzierung unabhängiger NGOs durch Norway Grants, ein Förderprogramm von Europäischer Union mit Norwegen, Island und Liechtenstein in wirtschaftsschwachen Ländern. Sie wirft dem Programm vor, in Ungarn nur linke, regierungskritische NGOs zu finanzieren, etwa die bekannte Webseite für investigativen Journalismus Atlatszo. Die Regierung moniert zudem, dass die Gelder von einem ungarischen Stiftungskonsortium verwaltet werden, das der grünen Partei nahesteht. Im Juni wurde Gergö Saling, Chefredakteur des zur Deutschen Telekom gehörenden,

unabhängigen Online-Nachrichtenportals Origo.hu überraschend abgesetzt. Das Portal hatte zuvor mehrere kritische Artikel über den Kanzleramtsminister und Orban-Vertrauten Janos Lazar veröffentlicht.

Seit dem Wahlsieg der Fidesz-Partei im Jahr 2010 hat Ministerpräsident Orban eine Reihe umstrittener Gesetze eingeführt. Medien sind seither etwa zu „ausgewogener Berichterstattung" angehalten, die weder „öffentliche Moral" noch die „menschliche Würde" verletzen darf. Diese schwammigen Formulierungen haben laut ROG bei vielen Journalisten zu Selbstzensur geführt. Mehrere hundert Redakteure, darunter viele regierungskritische Journalisten, haben während der vergangenen Jahre im Zuge von Umstrukturierungen ihre Arbeit verloren. Auf der ROG-Rangliste der Pressefreiheit steht Ungarn auf Platz 64 von 180 Ländern.

ARD

dju und SWR-Betriebsverband begrüßen Daimler-Urteil

Das Landgericht Stuttgart hat eine Klage der Daimler AG gegen den Südwestrundfunk (SWR) abgelehnt. Die Deutsche Journalisten- und Journalistinnen Union dju in ver.di und der ver.di SWR Betriebsverband haben die Entscheidung des Stuttgarter Landgerichts begrüßt. In dem Streit ging es um die Reportage „Hungerlohn am Fließband -Wie Tarife ausgehebelt werden", die 2013 gezeigt wurde. Dabei ging es auch um die unterschiedliche Entlohnung von Arbeitskräften mit Werkvertrag gegenüber Festangestellten und Leiharbeitnehmern. Daimler hatte dem SWR vorgeworfen, das Hausrecht verletzt zu haben. „Das heutige Urteil im Streit zwischen der Daimler AG und dem Südwestrundfunk, ob die verdeckte Reportage im Werk und am Fließband über Missstände bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern die Persönlichkeitsrechte des Unternehmens verletzt oder die Pressefreiheit als höherwertig anzusehen ist, stärkt die Unabhängigkeit der Berichterstattung", schreiben dju und Betriebsverband. Das Gericht geht dabei nach Auffassung von ver.di über ein früheres Urteil im sogenannten Wallraff-Prozess hinaus, in dem es feststellt, dass ein Bericht oder eine Reportage den Missstand dokumentieren muss und nicht, ob dieser Missstand auch rechtswidrig ist. Das Urteil stärke die Arbeit der Medienschaffenden und gebe Sicherheit bei der Recherche.

DGB medien newsletter

Ver.di: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk braucht Mitbestimmung und Transparenz

Mitbestimmung und Transparenz sind laut dem stellvertretenden Verdi-Vorsitzenden Frank Wernekeür den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seine Zukunft entscheidend. Auf einer ver.di-Tagung Ende Oktober beim NDR in Hamburg sagte er. „Die Rundfunkgremien sind kein Selbstzweck, sie sind die einzigen Organe, die den Rundfunk kontrollieren." Die Rundfunkräte sollten transparenter werden und auch öffentlich tagen, außer es handele sich um Geschäftsinterna. Auch weitere Referentinnen und Referenten der zweitägigen Tagung argumentierten für eine Öffnung der Gremienarbeit, aber auch der Sender selbst, die damit zu ihrer Legitimation in der Öffentlichkeit beitragen könnten.

Ein ausführlicher Tagungsbericht findet sich hier: http://tinyurl.com/kz4dlfv

Viel sei schon in diese Richtung geschehen, hob der Vorsitzende der Gremienvorsitzendenkonferenz der ARD Uwe Grund in seinem Beitrag hervor. Er präsentierte zahlreiche Beispiele, wie Gremien und Sender heute schon über ihre Arbeit informieren. So haben einige Rundfunkräte eigene Webseiten, öffnen ihre Sitzungen für die Öffentlichkeit oder geben Hintergrundinformationen zu den Gremienmitgliedern. Er forderte mehr Mut der Gremien: „Wir müssen mehr stärker in die Offensive." Sabine Nehls, Kommunikationswissenschaftlerin und Referatsleiterin für Medien- und Kulturpolitik beim DGB Bundesvorstand sagte, die Gremien müssten „kommunikative Transparenz" mit einer entwickelten Diskussionskultur herstellen. Es reiche nicht, Informationen zu veröffentlichen. Vielmehr müsse der Dialog mit den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern gesucht werden. Die Rundfunkräte repräsentierten als „Sachwalter der Allgemeinheit" die Zivilgesellschaft. Deshalb komme kein Gremium um das Thema Transparenz herum.

Eingeleitet von Norbert Kluge, Leiter der Abteilung Mitbestimmung in der Hans-Böckler-Stiftung und dem Justiziar des NDR Werner Hahn entspann sich eine rege Diskussion zum Thema Mitbestimmung. Dabei ging es auch um die Frage, wie Personalräte an den Gremien beteiligt sein sollen und müssen. Dies ist in den Sendern sehr unterschiedlich geregelt. So hat die Arbeitnehmervertretung im WDR-Verwaltungsrat zwei der neun Sitze mit Stimmrecht. Beim NDR hat sie drei Sitze ohne Stimmrecht und Teilnahmerecht an den Rundfunkratssitzungen. Für manche gibt es Regelungen nach Dienstvereinbarungen, für manche gilt ein „Gewohnheitsrecht", bei anderen ist das Bundespersonalvertretungsgesetz maßgebend. Die stellvertretende Personalratsvorsitzende des WDR Christiane Seitz, sagte: „Arbeitnehmer haben das Recht und die Pflicht in den Aufsichtsräten dabei zu sein." Gaby Schuylenburg, Personalratsvorsitzende von

Radio Bremen forderte, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also auch die Freien, das aktive und passive Wahlrecht erhalten sollten. Frank Werneke verwies in seinem Schlusswort auf einen Beschluss des ver.di- Bundesvorstandes, in dem dieses für alle Arbeitnehmer im Bundespersonalvertretungsgesetz gefordert wird. Allerdings müsse das gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen verwirklicht werden, nicht nur für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Mehr Transparenz bei den Aufsichtsgremien des WDR

Zur Liste:
http://tinyurl.com/pddp7zl

Der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks (WDR) haben die haupt- und nebenberuflichen Tätigkeiten ihrer jeweiligen Gremienmitglieder veröffentlicht. Dazu gehören auch Beraterverträge sowie Mitgliedschaften in Aufsichtsräten. Der Rundfunkrat, dem 49 Mitglieder und deren jeweilige Stellvertreterinnen und Stellvertreter angehören, veröffentlichte die Liste Anfang Oktober in seinem Online-Angebot. Der Verwaltungsrat hat diese Informationen zu seinen neun Mitgliedern bereits vor einigen Wochen im Internet publiziert. Die Angaben der Gremienmitglieder über ihre haupt- und nebenberuflichen Tätigkeiten werden künftig einmal jährlich aktualisiert. Konkret ist nun über die einzelnen WDR-Gremienmitglieder online nachzulesen, welche Berufen sie ausüben, welche Beraterverträge sie haben und welche Mitgliedschaften vorliegen in Aufsichtsräten, Beiräten oder sonstigen (Kontroll-) Organen von Unternehmen, Behörden, Hochschulen, Sparkassen oder Banken. Auch Mitgliedschaften in Vereinen sind dokumentiert. Derzeit sind die Angaben der neun Verwaltungsratsmitglieder und von insgesamt 93 Mitgliedern des Rundfunkrats (inklusive Stellvertreter) abrufbar.

MDR-Rundfunkrat will transparenter werden

www.mdr-rundfunkrat.de

Der MDR-Rundfunkrat wird seine Arbeit transparenter gestalten. Das Aufsichtsgremium des MDR beschloss in Ende Oktober, das Informationsangebot auf der eigenen Website auszubauen. So sollen künftig die Tagesordnungen veröffentlicht werden und die Rundfunkratsvorsitzende wird über die Ergebnisse der Sitzungen des Rundfunkrates im Internet informieren. Darüber hinaus bilde die neu gestaltete Website Informationen zu eigenen Preisverleihungen, zu Beschwerdemöglichkeiten für Zuschauer, Hörer und User und weitere Fragen rund um das Gremium ab. „Wir Rundfunkräte haben als Vertretung der Gesellschaft natürlich eine Informationspflicht. Wir nehmen diese ehrenamtliche

Aufgabe mit viel Zeit und Engagement wahr und halten es für sehr wichtig, die Öffentlichkeit über unsere Arbeit noch besser zu informieren", sagte die Vorsitzende des Rundfunkrates, Gabriele Schade. Das erweiterte Informationsangebot soll ab Dezember 2014 auf der Website des MDR-Rundfunkrates verfügbar sein . Die Sitzungen sollen ist zunächst weiterhin noch nicht öffentlich sein. Aufgrund der derzeit laufenden rechtlichen Prüfungen im Zusammenhang mit der Novellierung des MDR-Staatsvertrages durch den Gesetzgeber werde das Gremium die Entwicklungen diesbezüglich verfolgen und weiterhin in der Diskussion bleiben, teilte der Rundfunkrat mit.

SWR plant trimediales Medienzentrum

Der Südwestrundfunk (SWR) plant an seinem Standort in Baden-Baden ein zentrales trimediales Medienzentrum zwischen Hörfunk- und Fernsehkomplex. Umgesetzt werden soll das Gebäude- und Flächenkonzept bis 2020. Insgesamt will der SWR rund 50 Millionen Euro investieren. Finanziert wird das Vorhaben aus dem Verkaufserlös für die Grundstücke und Gebäude westlich der Hans-Bredow-Straße, durch die Umwidmung der nicht mehr notwendigen Sanierungsmittel für diese alten Gebäude sowie durch die Einsparungen durch die zukünftig geringeren Betriebskosten für das neue Gebäude. Die Gremien der Stadt Baden-Baden müssen den Plänen noch zustimmen. SWR-Intendant Peter Boudgoust erklärte dazu: „Der SWR befindet sich in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. Der digitale Wandel hat gravierende Auswirkungen auf die Arbeitsabläufe in Hörfunk, Fernsehen und Online. Diese Prozesse müssen intelligent verzahnt werden." Für diese Vernetzung stehe das zukünftige trimediale Medienzentrum in zentraler Lage. Dieses funktionale Gebäude werde zum architektonischen Verbindungsglied zwischen bisher räumlich getrennten Hörfunk-, Fernseh- und Onlinebereichen werden. „Damit sichern wir die Entwicklungsfähigkeit des SWR in Baden-Baden", so der Intendant

DGB medien newsletter

VG Media: Verlage beugen sich Druck durch Google

Die Presseverleger haben die VG Media ganz überwiegend angewiesen, gegenüber Google eine widerrufliche „Gratiseinwilligung" in die unentgeltliche Nutzung ihrer Presseerzeugnisse zu erklären. Die VG Media teilte mit, die Presseverleger sähen sich angesichts der überwältigenden Marktmacht von Google zu diesem außergewöhnlichen Schritt gezwungen. Google hatte angekündigt, die Presseerzeugnisse der Presseverleger, die durch die VG Media vertreten werden, auf den Google-Oberflächen nur noch sehr eingeschränkt und ihre Bilderangebote gar nicht mehr darstellen. Google selbst hatte zuletzt am 17. Oktober 2014 beim Bundeskartellamt den Erlass einer Entscheidung gemäß § 32c GWB beantragt: Google verlangt vom Bundeskartellamt, positiv zu erklären, dass kein Anlass zum Tätigwerden des Bundeskartellamtes gegen den Suchmaschinenbetreiber bestehe. Mit Schreiben vom 21. Oktober 2014 haben die VG Media Presseverleger Google daraufhin aufgefordert, konsequenterweise die Entscheidung des Bundeskartellamtes abzuwarten und bis dahin auf die angekündigten Maßnahmen zur Schlechterstellung der Erzeugnisse der VG Media Presseverleger zu verzichten. Auch Bundeskartellamtspräsident Mundt hatte auf den Münchener Medientagen erklärt, dass die verschiedenen Rechtsfragen nun in einem förmlichen Verfahren zu beurteilen seien, in dessen Rahmen es unter anderem zu einer Befragung der Marktteilnehmer von Google durch das Bundeskartellamt kommen werde. Den Aufruf zur „Waffenruhe" bis zu einer endgültigen Entscheidung des Bundeskartellamtes habe Google allerdings abgelehnt.

Der Umgang Googles mit den VG Media Presseverlegern laufe der erklärten Absicht des Gesetzgebers zuwider, wonach mit dem Presseleistungsschutzrecht die Übernahme der verlegerischen Leistungen durch Betreiber von Suchmaschinen ausgeglichen werden sollten, so die VG Media. Die VG Media Presseverleger beugten sich nur wegen der Marktmacht Googles von mehr als 90 Prozent. Den Presseverlegern drohten andernfalls Umsatzeinbußen, die auch zu weiteren Insolvenzen führen könnten. Die VG Media Presseverleger halten das Vorgehen Googles für kartellrechtswidrig. Die VG Media werde das Leistungsschutzrecht der Presseverlage gegenüber Google und anderen Nutzern weiterhin treuhänderisch vertreten. Bereits im Frühsommer 2015 soll in dem eigentlichen, zivilrechtlichen Verfahren der VG Media Presseverleger gegen Google die Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt entscheiden.

DGB medien newsletter

Allgemeines

OBS: Zum 10. Mal Preise für herausragenden Journalismus

Den mit 10.000 Euro dotierten 1. Preis des „Otto Brenner Preises für kritischen Journalismus" haben 2014 Kerstin Kohlenberg, Petra Pinzler und Wolfgang Uchatius für ihren Beitrag „Im Namen des Geldes" (Die Zeit, Dossier vom 27. Februar 2014). erhalten. Ihre „hervorragend recherchierte Geschichte" über die geheimen Sondergerichte für Investoren im Rahmen von Freihandelsabkommen lässt für die Jury keinen Zweifel, „dass die EU-Kommission und eine Heerschar Lobbyisten drauf und dran waren, eine undemokratische Paralleljustiz für Konzerne auf ganz Europa und Nordamerika auszudehnen". Wenn es nun doch nicht so kommen sollte, „ist das auch das Verdienst dieser Arbeit", schreibt die Jury in ihrer Begründung. Der 2. Preis (5.000 Euro) ging an die freien Autoren Jan Schmitt und Frank Konopatzki für die ARD-Dokumentation „Steuerfrei: Wie Konzerne Europas Kassen plündern" (ARD, Die Story im Ersten, 19. August 2013). Die Beschäftigung mit komplizierten Wirtschafts- und Steuerfragen gelte vielen Programm-Machern als „Quotengift in höchster Dosis", so die Jury. Der besondere publizistische Mehrwert des ARD-Features zur Billionen schweren Steuervermeidungsindustrie bestehe darin, „diesen Glaubenssatz der Programm-Verantwortlichen zu erschüttern". Mit dem 3. Preis wurde Sebastian Strube (Bayerischer Rundfunk) für sein Hörfunkfeature „Crowdwork. Vom Entstehen der digitalen Arbeiterklasse" (Bayern 2, „Zündfunk Generator", 12. Januar 2014) ausgezeichnet. Das Preisgeld beträgt 3.000 Euro. Die Sendung ist laut Jury „ein Musterfall von antizipatorischem Journalismus, weil sie aufzeigt, was kommt. Damit unsere Gesellschaft weiß, worauf sie sich – auch regulatorisch – einzurichten hat." Nach Auffassung der Jury hat Strube sein vielfältiges Material „auch akustisch klug kombiniert und überzeugt zusätzlich damit, dass er Rollenjournalismus betrieben, nämlich das Crowdworking an sich selbst ausprobiert hat". So kann der Hörer, wie die Jury herausstellt „miterleben, wie es ist, aus der Anonymität heraus sich Cent um Cent zu erarbeiten."

Der „Spezial"-Preis, dotiert mit 10.000 Euro, ging an den freien Journalisten Mathias Greffrath für „Der Aufstand der Satten" - ein im Deutschlandfunk gesendeter Essay „über einen sorgsamen Umgang mit Lebensmitteln und einen sanften Abschied vom Fleisch". Der Preis würdigt zugleich Greffraths journalistische Lebensleistung. Nach Auffassung der OBS-Jury gehört er „zu den profundesten Globalisierungskritikern deutscher Sprache".Den Newcomerpreis, dotiert mit 2.000 Euro, erhielt Eva Achinger (Bayerischer Rundfunk) für „Black

Die Otto Brenner Stiftung der IG Metall verleiht seit 2004 den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus". Prämiert werden journalistische Arbeiten, die das Motto der Ausschreibung „Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten" herausragend umgesetzt haben. Aus 633 Bewerbungen wählte die Jury am 10. September die Preisträger in fünf Kategorien. Das Preisgeld beträgt in diesem Jahr insgesamt 47.000 Euro. Mitglieder der Jury des Otto Brenner Preises sind Sonia Seymour Mikich (Chefredakteurin Fernsehen, WDR), Prof. Dr. Thomas Leif (SWR-Chefreporter), Prof. Dr. Volker Lilienthal (Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Qualitätsjournalismus, Universität Hamburg), Prof. Dr. Heribert Prantl (Innenpolitik-Chef und Mitglied der Chefredaktion, Süddeutsche Zeitung) und Harald Schumann (Redakteur für besondere Aufgaben, Der Tagesspiegel) sowie Detlef Wetzel (OBS-Verwaltungsratsvorsitzender und 1. Vorsitzender der IG Metall).
www.otto-brenner-preis.de

Box Psychiatrie", gesendet am 9. Februar 2014 in B5 aktuell - Der Funkstreifzug. Eva Achinger hat hinter den „Mauern geschlossener Anstalten recherchiert. Der Radiobeitrag hat unter anderem zu Diskussionen im Landtag geführt. Das sei „Journalismus mit Wirkung" – so die Jury in ihrer Begründung.

Im Rahmen des Wettbewerbs werden auch innovative und wegweisende Medienprojekte ausgezeichnet. 2014 geht der „Medienprojektpreis", dotiert mit 2.000 Euro, an die österreichische Non-Profit-Plattform „Dossier". Das „Dossier: Asyl" ist die erste umfassende journalistische Untersuchung der Lebensbedingungen von Asylsuchenden in Österreich. Die Ergebnisse sind auf einer interaktiven Karte aufbereitet. Methodik, Bewertungssystem und Rohdaten liegen offen. Die Jury lobt das als ein journalistisches Projekt, wie man es sich „akribischer, profunder und nachhaltiger nicht wünschen kann". Das Projekt finanziert sich über Spenden, Stipendien, Preisgelder, Recherche- und Lehraufträge sowie über Kooperationen mit anderen Medien – auf Werbung und öffentliche Gelder wird bewusst verzichtet.

Auch drei Recherche-Stipendien wurden wieder vergeben, die mit jeweils 5.000 Euro dotiert sind. Die Stipendien ermöglichen es, frei von ökonomischen Zwängen und mit professioneller Begleitung von erfahrenen „Mentoren", innovative und vielversprechende Projektthemen zu recherchieren und zu realisieren. 2014 hat die Jury wieder drei Stipendien vergeben. Ein Stipendium erhält der freie Journalist Martín Steinhagen, der u.a. für die Frankfurter Rundschau schreibt, um über die Aufarbeitung im Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zu recherchieren. Das zweite Recherche-Stipendium bekommt der freie Filmkritiker Frédéric Jaeger. Er recherchiert zum Thema Filmförderung in Deutschland und wirft die Frage auf, wem das vielgliedrige System der Filmförderung tatsächlich dient, wer davon konkret - ob finanziell oder nicht - profitiert und wessen politische Interessen bedient werden. Ein drittes Stipendium erhalten Martina Janning (freie Journalistin/SWR) und Beate Krol (freie Journalistin). Sie gehen in ihrem Recherche-Projekt „Ernstfall Ehec" einer Epidemie und ihren ungeklärten Fragen nach.

DGB medien newsletter

Pro Quote Regie fordert verbindliche Frauenquoten

www.proquote-regie.de

Über 200 Film- und Fernsehregisseurinnen sowie über 100 Unterstützerinnen und Unterstützer fordern von der Politik, den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sowie den Filmförderungen des Bundes und der Länder verbindliche Frauenquoten. Ihre Ziele hat Mitte Oktober die neugegründete Initiative PRO QUOTE REGIE e.V. in einem Aufruf formuliert: 30 Prozent Anteil von Regisseurinnen bis zum Jahr 2017, 42 Prozent bis 2019 (entspricht dem aktuellen Anteil von Frauen mit Regie-Diplom) 50 Prozent bis zum Jahr 2024. Die zeitlich gestaffelte Einführung von Quoten soll sich auf alle Institutionen beziehen, in denen öffentliche Mittel für Produktions- und Regieaufträge vergeben werden. Sie soll für Spiel- und Dokumentarfilme ebenso gelten wie für fiktionale Fernsehserien bei ARD und ZDF.

Aktuell werden über 85 Prozent aller Regieaufträge in Deutschland und Europa an Männer vergeben, obwohl fast genauso viele Frauen die Filmhochschulen mit einem Regie-Diplom verlassen. PRO QUOTE REGIE e.V. will diese gesellschaftliche Schieflage verändern und damit zu der im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern und der Beseitigung bestehender Nachteile beitragen. „Filme und Serien sind für die Bewusstseinsbildung in einer Gesellschaft besonders wichtig. Es ist daher notwendig, die Perspektiven und Meinungen von Regisseurinnen gleichberechtigt zu berücksichtigen. Voraussetzung dafür ist, dass Frauen nach ihrer Ausbildung auch eine realistische Chance haben, ihren Beruf ausüben zu können. Dies ist aktuell nicht der Fall", kritisieren die Unterzeichnenden.

Als ersten Schritt fordert die Initiative Pro Quote Regie eine wissenschaftliche Studie zu Werdegang und beruflicher Situation von Regisseurinnen in Deutschland sowie zur Vergabepraxis von Rundfunkanstalten und Fördergremien. Vorstandsmitglied und Initiatorin Katinka Feistl plädierte dafür, ab sofort mit allen Verantwortlichen bei Sendern und Fördergremien in einen Dialog einzutreten. Dazu hat PRO QUOTE REGIE e.V. in Briefen an die Intendantinnen und Intendanten sowie die Gremienvorsitzenden von ARD und ZDF, an die Leitungen der Filmförderungen in Bund und Ländern sowie an die für Kultur zuständigen Ministerien um Gespräche gebeten: Eine gerechtere Film- und Fernsehförderung könne nur gemeinsam mit der Politik und den Verantwortlichen in den Sende- und Förderanstalten erreicht werden. „Mit einigen sind wir bereits im Gespräch, z.B. mit der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), mit der Filmförderungsanstalt (FFA), mit dem Medienboard Berlin-Brandenburg und mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dringenden Handlungsbedarf sehen alle." „Wenn mehr gut ausgebildete Frauen

Filme machen können, stärkt das den Wettbewerb und die Vielfalt von Filmen", sagte Imogen Kimmel, ebenfalls Vorstandsmitglied und Initiatorin von PRO QUOTE REGIE e.V.. „Aber zunächst müssen wir darum kämpfen, dass Regisseurinnen die gleichen Aufstiegschancen und Arbeitsmöglichkeiten haben wie ihre männlichen Kollegen."

Vorstandsmitglied Tatjana Turanskyj unterstrich die Initiative sei auch ein Arbeitskampf: „Für das Filmemachen benötigt man viel Geld. Ein Regieauftrag entspricht einem Arbeitsverhältnis. Die von PRO QUOTE REGIE e.V. ermittelten Zahlen sind mehr als eine rechnerische Ungleichheit – in der Realität unterliegen Regisseurinnen einer stillschweigenden Diskriminierung."

LfM-Studien zu Journalismus in digitalen Zeiten

Weitreichende Veränderungen durch digitale Entwicklungen und die zunehmende Nutzung von Social Media zwingen Journalisten und Medienhäuser zu erheblichen Anpassungen. Mit welchen Strategien deutsche Internetredaktionen dieser Herausforderung begegnen, zeigen zwei neue Journalismus-Studien im Auftrag der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM): „Digitaler Journalismus. Dynamik – Technik – Teilhabe" und „Social Media und Journalismus". Die Ergebnisse belegen systematisch die Veränderungen in der journalistischen Berufspraxis, im Berufsbild, im Selbstverständnis und im Verhältnis der „Macher" zu den Nutzern, so die LfM bei der Vorstellung der Ergebnisse. Besonders die Beziehung zwischen aktivem Publikum und Journalisten stelle beide Seiten nach wie vor vor erhebliche inhaltliche, produktionelle, aber auch ökonomische Herausforderungen.
Der Austausch von Laien mit Redaktionen über Social Media und Blogs ist medienhistorisch neu: Wie gehen Redaktionen z. B. mit Störern, sogenannten Trollen um? Wie kanalisieren sie den „Traffic" von sozialen Netzwerken auf die eigene Homepage? Die Hamburger Wissenschaftler Volker Lilienthal und Stephan Weichert haben mit einer breiten Untersuchung von u. a. 270 journalistischen Websites sowie Leitfadengespräche mit Redaktionsverantwortlichen (u. a. von „Zeit online", „Stern.de" und „Südeutsche.de") gezielt deutsche Online-Angebote analysiert. Sie zeigen damit den Ist-Zustand der Strategien von Medienhäusern bei der Beantwortung der Frage, wie die Instrumente des digitalen Journalismus nutzbringend eingesetzt werden können.
Viele Redaktionsleiter sehen noch Defizite bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Umgang mit Social Media. Das ergab die zweite Studie, die von Christoph Neuberger (LMU München) wissenschaftlich geleitet wurde. Die

Volker Lilienthal, Stephan Weichert, Dennis Reineck, Annika Sehl, Silvia Worm: Digitaler Journalismus. Dynamik – Teilhabe – Technik. Leipzig (Vistas), 2014. Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Band 74. ISBN 978-3-89158-604-4. 26,- Euro
Kurzfassung:
http://tinyurl.com/nj7n7ud

Christoph Neuberger, Susanne Langenohl, Christian Nuernbergk: Social Media und Journalismus. Düsseldorf: LfM, 2014. LfM-Dokumentation, Band 50. ISBN 978-3-940929-33-4. Kostenlos unter
www.lfm-nrw.de
Kurzfassung:
http://tinyurl.com/q3flheq

Redaktionen stehen derzeit vor der Herausforderung, Stärken und Schwächen von Social Media zu ermitteln. Inhaltlich sind – als Ergebnis der Befragung von 105 Internetredaktionen – Qualitätssteigerungen mit Blick auf die Aktualität, die Vielfalt von Meinungen und den Austausch mit dem Publikum erkennbar. Ökonomisch betrachtet verfehlen vor allem die Tageszeitungen das Ziel, in sozialen Medien Erlöse durch Werbung zu erzielen.

Medienlink

Der rechte Rand

Seit 25 Jahren die Mitglieder des Magazins „der rechte rand" über Entwicklungen in der rechten Szene, national und international. „Fundierte und prägnante Recherchen und Analysen lenken die Aufmerksamkeit auch auf unterbelichtete oder ausgeblendete Aspekte", heißt es auf der Webseite. Das Magazin zeige, wie der rechte Rand gesellschaftlich verankert sein kann und an Themen der gesellschaftlichen „Mitte" anknüpft. Es ist ein Non-Profit-Projekt. Das Abonnement kostet für sechs Ausgaben im Jahr 21 Euro.

www.der-rechte-rand.de

Veranstaltungen

Fachtagung zum Non-Profit-Journalismus von netzwerk recherche

6. November 2014
10.00 bis 18.00 Uhr

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Journalismus und Non-Profit-Sektor wollen diskutieren und Beispiele zur Organisation und Finanzierung von Non-Profit-Redaktionen vorstellen.

Programm und Anmeldung:
http://nrch.de/nonprofit

DGB medien newsletter

Was Ihr wollt! - 5. Stuttgarter Medienkongress
Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg

25. November 2014
9.30 bis 17.30 Uhr

Hotel Le Méridien
Willy-Brandt-Straße 30
70173 Stuttgart

Inspiriert vom Shakespeare-Jahr 2014 präsentiert der Stuttgarter Medienkongress neue Entwicklungen und Strategien für Radio, Fernsehen, Verlage und andere Medienschaffende in einer konvergenten digitalen Medienwelt. Medienmacher, Marketingstrategen und Wissenschaftler beleuchten das Potential lokaler und regionaler Inhalte auf den Plattformen der Zukunft.

Programm und Anmeldung:
www.stuttgarter-medienkongress.de

Wie breit machen wir den Boulevard? - 13. dju-Journalistentag

29. November
10.00 bis 17.00 Uhr

Haus der IG Metall
Alte Jakobstr. 149
10969 Berlin

Sex sells, Crime auch, das ist keine neue Erkenntnis. Aber wenn der alte Verkaufsschlager die Berichterstattung in den Medien dominiert, dann hat sich etwas verändert. Dem soll die Veranstaltung nachspüren. Werden neue Publikumsinteressen bedient? Oder ist eine solche Entwicklung „nur" ein Kollateralschaden des steigenden Arbeitsdrucks in den Redaktionen? Welche Rolle spielen die sozialen Medien als neue Quellen einerseits und als neue Medien andererseits, wenn sich neue Tendenzen im Journalismus herauskristallisieren und was bedeuten diese eigentlich für die Gesellschaft insgesamt?

Programm und Anmeldung:
www.dju.verdi.de/journalistentag

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand,
Referat Medien- und
Kulturpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2,
10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 0172-72 515 98
sabine.nehls@dgb.de

Der DGB-medien-newsletter
kann abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter